

Vereinigtes Königreich

ROGER MORGAN

Die EG in den Wahlprogrammen der drei großen Parteien

Die Parlamentswahlen vom 9. Juni, aus denen die Regierung von Margaret Thatcher gestärkt hervorging, waren das zentrale politische Ereignis des Jahres 1983 in Großbritannien. Im vorausgehenden Wahlkampf waren europäische Fragen nur von untergeordneter Bedeutung gewesen, auch wenn in den Äußerungen der Politiker und in den Parteiprogrammen einige Hinweise auf die Europäische Gemeinschaft enthalten waren und jede Partei in ihrem Wahlkampfprogramm zu ihrer generellen europapolitischen Linie eindeutig Stellung bezog. Da in diesen Dokumenten die Themen der britischen europapolitischen Debatte des Jahres 1983 – sowohl vor als auch nach der Parlamentswahl – deutlich werden, erscheint eine eingehendere Beschäftigung mit diesen Texten lohnend.

Das Programm der Konservativen, das eine von 47 Seiten dem Thema „Britain in Europe“ widmete, enthielt die Aussage, die erste Regierung Thatcher (1979 – 1983) habe die britische EG-Mitgliedschaft zu einem Erfolg werden lassen. Als ein zentrales Anliegen der konservativen Position – im Wahlprogramm prägnant hervorgehoben – wurde der Regierungsstandpunkt zum Haushaltsproblem nochmals unterstrichen: „Wir haben uns in der Vergangenheit für die britischen Interessen eingesetzt und konnten unsere Netto-Zahlungen zum Gemeinschaftshaushalt erheblich verringern. Wir haben beharrlich nach einer dauerhaften Alternative zu den jährlichen Auseinandersetzungen über die EG-Rückerstattungen gesucht. Solange wir keine langfristige Lösung erreichen können, werden wir die Interessen unseres Landes in geeigneter Weise sicherstellen. Bis dahin werden wir mit der Unterstützung der Konservativen Abgeordneten im Europäischen Parlament in unseren Bemühungen fortfahren, die Schwerpunkte der Gemeinschaftsausgaben von der Agrar- zur Industrie-, Regional- und zu anderen Politikbereichen zu verlagern, die Großbritannien in stärkerem Maße zugute kommen.“

Nach Ansicht der Konservativen unterscheidet sich ihre Parteipolitik von derjenigen der beiden anderen politischen Gruppierungen in den folgenden Punkten: „Die Labour-Party fordert den britischen Austritt aus der Gemeinschaft, denn sie befürchtet, daß Großbritannien in der EG nicht konkurrenzfähig sei. Auch sei es nach unserem Austritt einfacher, eine sozialistisch orientierte

tierte Wirtschaft aufzubauen. Die Liberalen und die Social-Democratic-Party (SDP) streben allem Anschein nach eine Fortsetzung der Mitgliedschaft an, wollen aber in keinem Fall unsere Partner durch eine deutliche Sprache verärgern. Die Konservativen wenden sich gegen beide Extrempositionen.“¹

Auch im Programm der Labour-Party umfaßte die Behandlung des Themas „Britain and the Common Market“ eine von 39 Seiten. Die Gemeinschaft wurde als eine nur auf einen Teil Westeuropas begrenzte Organisation beschrieben, niemals für die britischen Ansprüche und Ziele konstruiert. Entsprechend den Aussagen des vorliegenden Programms wäre die EG-Mitgliedschaft für die nächste Labour-Regierung ein Hindernis für „... unsere Strategie für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung, für unsere Vorschläge zur Industriepolitik und verstärktem Handelsaustausch und für unser Anliegen der Wiedereinführung von Devisenkontrollen und der Regulierung von ausländischen Direktinvestitionen“. Da die gemeinschaftliche Agrarpolitik zudem Großbritannien davon abhalte, preisgünstige Nahrungsmittel vom Weltmarkt abzunehmen und somit die Inflation stimuliere, kommt das Programm zu der Schlußfolgerung: „Aus all diesen Gründen ist der britische Austritt aus der Gemeinschaft die richtige Politik für Großbritannien. Dieser Austritt kann sehr wohl im Verlauf der nächsten Legislaturperiode abgeschlossen werden. Dazu verpflichten wir uns. Aber wir verpflichten uns auch, den Austritt in einer freundschaftlichen und rechtlich akzeptablen Art und Weise zu vollziehen, um der Beschäftigungslage oder der Aussicht auf eine verbesserte politische und ökonomische Kooperation mit ganz Europa keinen Schaden zuzufügen.“

Das Verfahren des Austritts Großbritanniens aus der EG wird in dem Programm bis in Einzelheiten dargestellt. Ein abrupter Austritt ist nicht vorgesehen: „Um die negativen Folgen des Austritts möglichst klein zu halten und möglicherweise auch, um ein irgendwie geartetes anderes Abkommen mit der Gemeinschaft auszuhandeln, wird eine Übergangsperiode notwendig sein. Diese gibt uns auch die Zeit zur notwendigen Anpassung unserer eigenen Gesetzgebung an die veränderte Situation. Bis zum Abschluß dieser Gesetzgebungsarbeit wird in Großbritannien der Status quo im Hinblick auf die Gültigkeit bestimmter Bereiche der EG-Rechtsordnung bestehen bleiben. Verständlicherweise wird diese Übergangsperiode über den Zeitpunkt der formalen Beendigung unserer Mitgliedschaft hinausreichen.“²

Auch das „Programm for Government“ der dritten wichtigen politischen Kraft in Großbritannien, der Allianz zwischen der Sozialdemokratischen und der Liberalen Partei, widmete eine von 31 Seiten der „Membership of the European Community“. Nach einem klaren Bekenntnis zur Fortsetzung der britischen EG-Mitgliedschaft enthält das Dokument die Aussage, daß in der Gemeinschaft viele Veränderungen notwendig seien und daß die Allianz bei deren Realisierung vorangehen wolle. Die von der Allianz verlangten Reformen umfassen vier Punkte:

„Erstens unterstützen wir die politische Entwicklung der EG durch die Über-

nahme des gemeinsamen Wahlsystems für die 1984 stattfindenden Direktwahlen zum Europäischen Parlament. Der Ministerrat soll häufiger mit Mehrheit abstimmen und das Europäische Parlament in stärkerem Maße an der Ernennung der Kommission beteiligt werden.

Zweitens wird sich eine von der Allianz geführte Regierung zur Korrektur des bestehenden Ungleichgewichts in den EG-Politiken für eine Ausweitung der Gemeinschaftsaktivitäten in der Regional- und Sozialpolitik, im Bereich der technischen Innovationen, der Energieeinsparung und der Entwicklung von erneuerbaren Energiequellen einsetzen. Zum Betreiben neuer Politiken akzeptieren wir den erhöhten Bedarf an Gemeinschaftseinnahmen auf einer verbreiterten und gerechteren Grundlage. Unsere Arbeit wird auf die akzeptable Reduzierung des Agrarhaushalts gerichtet sein, zunächst indem die Interventionspreise für agrarische Überschußprodukte zurückgeschraubt werden und, falls sich dies als notwendig erweist, durch eine Begrenzung der Produktionsmengen, einer Maßnahme, die den Interventionszuschüssen vorzuziehen ist . . .

Drittens werden wir uns überall da in vorderster Front für die Entwicklung neuer Politiken einsetzen, wo Europa von einem gemeinsamen Vorgehen entscheidende Vorteile zu erwarten hat. Wir müssen verstärkt bei Handelsgesprächen gemeinsame Positionen beziehen, entsprechend dem Vorbild der jüngsten Verhandlungen zum Multi-Faser-Abkommen und den GATT-Gesprächen, in welchen die Kommission für die Gemeinschaft sprach. Wir müssen die politische Zusammenarbeit ausweiten, um in außenpolitischen Fragen einen Konsens zu erreichen, und wir müssen zu einem Tätigwerden in neuen Gebieten, wie beispielsweise einer gemeinsamen Beschaffungspolitik im Verteidigungsbereich, bereit sein. Wir müssen eine gemeinsame Industriepolitik entwickeln zur Milderung der bestehenden Schwierigkeiten in Gebieten, die von kränkelnden Industriezweigen abhängig sind, und auch zur Förderung neuer, hochtechnologisierter Investitionen. Zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeitsquote von derzeit 25 Prozent mit dem Ziel der Vollbeschäftigung müssen wir weiterhin auf europäischer Ebene über den Europäischen Sozialfonds entsprechende Initiativen entwickeln und unterstützen. Es gibt eine Fülle von gemeinsam zu verfolgenden Politiken im Wirtschaftsbereich und eine von der Allianz geführte Regierung wird deren Realisierung nachdrücklich unterstützen.

Viertens wird eine Regierung der Allianz den Beitritt Großbritanniens zum Europäischen Währungssystem vollziehen, um damit die erheblichen Schwankungen der Wechselkurse abzustellen, die sich in den letzten Jahren auf Exporte und Beschäftigungslage negativ auswirkten.⁴³

Die Parlamentswahlen und ihre Folgen

Obwohl am 9. Juni weniger Stimmen für die Konservativen abgegeben wurden als 1979, brachte die Wahl der Partei Margret Thatchers eine gestärkte Mehrheit im Unterhaus. Das Resultat stellte sich folgendermaßen dar:

	9. Juni 1983			3. Mai 1979		
	Stimmen (in Mio)	%	Sitze	Stimmen (in Mio)	%	Sitze
Konservative	13,0	42,0	397	13,7	43,9	339
Labour	8,5	27,6	209	11,5	36,9	268
Allianz (1983: SDP und Liberale, 1979: Liberale)	7,8	25,4	23	4,3	13,8	11
andere	1,4	4,6	21	1,5	4,8	17

Das Mißverhältnis zwischen Stimmenanteil und Parlamentssitzen ergab sich aus den bekannten Eigenheiten des britischen Wahlsystems, demzufolge in Ein-Mann-Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. Eine Auswirkung dieses Systems bestand darin, daß die Allianz zwischen SDP und Liberalen, obwohl sie fast einen ebenso hohen Stimmenanteil wie die Labour-Party erzielte, nur etwas mehr als ein Zehntel der Labour-Mandate erhielt.

Einige führende Politiker mit einem starken Interesse an europapolitischen Fragen wurden bei dieser Wahl nicht wieder ins Parlament gewählt. Darunter waren zwei Mitglieder der ursprünglichen „Vierergruppe“ der SDP – Shirley Williams und Bill Rodgers – und der Konservative Jock Bruce-Gardyne, der zwischen 1979 und 1983 im Finanzministerium verantwortlich für Fragen des EG-Haushalts war.

Wie gewohnt bei britischen Wahlen dominierten innenpolitische Fragen, insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik, und das persönliche Image der Parteiführer im Wahlkampf. Insoweit der außenpolitische Bereich überhaupt für das Wahlergebnis von Bedeutung war, ist der Rückgang der Labour-Party in der Wählergunst in viel stärkerem Maße auf deren verteidigungspolitisches Programm, als auf ihre Opposition zur EG-Mitgliedschaft zurückzuführen. Die Tatsache, daß eine Labour-Regierung Großbritanniens Beteiligung an der Nuklearverteidigung aufgeben wollte – sowohl was die nationalen Polaris- und Trident-Raketen als auch was die Anwesenheit der amerikanischen Nuklearbasen anbelangte – scheint die Wähler stärker gegen Labour motiviert zu haben als die Ankündigung, eine Stimme für Labour bedeute zugleich auch ein Votum gegen die britische EG-Mitgliedschaft, so daß eine zukünftige Labour-Regierung mit der Wahl das Mandat für den Austritt erhielte, ohne das Referendum von 1975 wiederholen zu müssen.

Die Wahlniederlage führte zu einem Führungswechsel in der Labour-Party: Im Oktober wurde auf dem Parteitag in Brighton Michael Foot von Neil Kinnock als Parteiführer abgelöst. Roy Hattersley übernahm von Denis Healey das Amt des Stellvertreters. Gleichzeitig begann in der Partei eine allmähliche Abwendung von der bis dahin extrem EG-feindlichen Haltung. Zwar gab es auf dem Parteitag von Brighton keine Debatte zur Frage der EG-Mitgliedschaft, so daß Ende 1983 die offizielle Parteipolitik noch immer auf den EG-Austritt fest-

gelegt war, doch konnte verschiedenen Erklärungen Kinnocks vom Herbst und Winter entnommen werden, daß zum Zeitpunkt einer Regierungsübernahme durch Labour – frühestens 1987 oder 1988 – die Zugehörigkeit Großbritanniens zur Gemeinschaft schon so lange anhalte, daß ein Austritt kaum mehr durchführbar sei. Bis zum Ende des Jahres 1983 waren die Auseinandersetzungen in der Labour-Party zwischen den eher flexiblen Kräften und der grundsätzlich gemeinschaftskritischen Haltung einer starken Strömung in der Partei, zu der größere Gewerkschaften, wie die Transport-, die Bergarbeiter- und die Metallarbeiter-Gewerkschaften zu zählen sind, noch nicht beigelegt.

Auch in den anderen Parteien ergaben sich im Gefolge der Wahlen Veränderungen von einiger Bedeutung für die britische Europa-Politik. Frau Thatcher nahm eine Kabinettsumbildung vor und entließ den bisherigen Außenminister Francis Pym, der während der Falkland-Krise im April 1982 Nachfolger von Lord Carrington geworden war. Pym hatte sich durch zwei Faktoren die Mißgunst der Premierministerin zugezogen: einmal durch seine Zugehörigkeit zum liberalen, ‚schwachen‘ Flügel der konservativen Partei und zweitens durch seine Unterstützung der Position von Berufsdiplomaten im Foreign Office sowie von früheren Ministern, einschließlich Carringtons und Sir Ian Gilmours, wonach die britische Haltung zum EG-Haushaltsproblem stärker von Konzessionsbereitschaft als von einem Konfrontationskurs geprägt sein sollte. Pym's Nachfolger als Außenminister wurde Sir Geoffrey Howe; ein Mann, dessen Ansichten stärker mit den Auffassungen der Premierministerin übereinstimmen und der in seiner Eigenschaft als Finanzminister von 1979 bis 1983 vor allem mit den haushaltspolitischen Aspekten der EG befaßt war.

Auch in der Social Democratic Party (SDP) bewirkte das Wahlergebnis von 1983 eine Veränderung in der Führungsspitze. Roy Jenkins, im Wahlkampf Premierminister-Kandidat der Allianz, dessen Erscheinungsbild jedoch als weniger überzeugend eingestuft wurde als dasjenige seines liberalen Kollegen David Steel, trat nach der Wahl von der SDP-Führung zurück. Nachfolger wurde David Owen, das jüngste Mitglied der ‚Vierergruppe‘ der SDP. Der neue Parteiführer, der von 1977 bis 1979 im Labour Kabinett Callaghans das Amt des Außenministers innehatte, war in starkem Maße auf ein Verbleiben Großbritanniens in der Gemeinschaft festgelegt, genauso wie die neue Partei insgesamt. Trotzdem ist davon auszugehen, daß seine persönliche Verpflichtung auf das langfristige Ideal einer Europäischen Union weniger stark ausgeprägt ist als dies bei Jenkins der Fall war.

Das Haushaltsproblem

Das zentrale Thema in den Beziehungen der britischen Regierung zur Gemeinschaft war 1983, wie auch in den vorausgegangenen Jahren, Großbritanniens unbefriedigende Lage im Hinblick auf den Gemeinschaftshaushalt. Mrs. Thatcher und ihre Minister wiesen fortgesetzt darauf hin, daß sich Großbritannien im Vergleich zu den anderen Mitgliedstaaten in einer ungerechten Position be-

finde, sowohl was die britischen Zahlungen in die EG-Kasse anbetrifft, als auch im Hinblick auf die Rückflüsse aus Brüssel. Beispielsweise wurde dabei auf Zahlen der Kommission für das Jahr 1982 verwiesen, die die folgende Gegenüberstellung aufzeigt⁴:

	Anteil am EG-BSP %	Beitrag zur EG-Finanzierung %	Anteil an den Rückflüssen %
Bundesrepublik Deutschland	27,9	26,9	15,2
Frankreich	22,9	20,0	19,5
Großbritannien	20,2	24,2	13,0

Da sich dieses Mißverhältnis auch 1982, trotz der dreijährigen Finanzübereinkunft vom Mai 1980, fortgesetzt hatte, lautete die britische Hauptforderung 1983, eine zukünftige Regelung müsse für die britische Position günstiger sein. Die Regierung erklärte, Großbritannien sei nicht prinzipiell gegen kontinuierliche Nettozahlungen zum Gemeinschaftshaushalt eingestellt, doch müßte die Größenordnung der Nettozahlungen streng begrenzt werden, schließlich sei Großbritannien ein Land mit einem der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in der Gemeinschaft. Frau Thatcher legte überdies großes Gewicht darauf, eine dauerhafte Lösung des Problems zu erreichen, um so die langwierigen alljährlichen Auseinandersetzungen der vorausgegangenen Jahre zu vermeiden.

Dieser Standpunkt wurde von Frau Thatcher beim Treffen des Europäischen Rates in Stuttgart (17. – 19. Juni) sehr nachdrücklich vorgetragen. Dort wurde Übereinkunft darüber erzielt, daß Großbritannien in Anbetracht seiner Leistungen zum Haushalt von 1983 eine Rückzahlung von 750 Mio. ECU erhalten sollte. Auch über die Prinzipien einer langfristigen Haushaltsreform konnte eine Einigung erzielt werden. Aus britischer Sicht waren die wichtigsten Elemente der Stuttgarter Erklärung die Verpflichtung auf eine größere Haushaltsdisziplin und eine effektivere Ausgabenkontrolle, besonders im Agrarbereich, sowie die Aussage, die bevorstehenden Verhandlungen zielten „... auf eine ausgewogenere und gerechtere Lage auch in finanzieller Hinsicht vom Standpunkt der Interessen der einzelnen Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit ab“⁵.

Der Stuttgarter Erklärung folgten einige Monate harter Verhandlungen, in deren Verlauf zwischen Juli und November sieben Treffen eines Sonderrates der Außen- und Finanzminister stattfanden. Im Vorfeld des Athener Gipfels (4. – 6. Dezember) schien Frau Thatcher davon überzeugt, daß ein akzeptabler Kompromiß gefunden werden könnte, doch waren die Gipfelteilnehmer nicht zu einem Ausgleich der entgegengesetzten nationalen Position in der Lage. Insbesondere fand die Forderung Frau Thatchers nach einer langfristigen Lösung des Haushaltsungleichgewichts nicht die Unterstützung ihrer Partner.

Das Athener Gipeltreffen endete ohne Vorlage des üblichen Schluß-Kommuniqués. Nach diesem Fehlschlag fühlte sich die britische Regierung auch von der Entscheidung des Europäischen Parlaments vom 15. Dezember negativ berührt, da dadurch die Rückzahlungen für 1983 an das Vereinigte Königreich und an die Bundesrepublik Deutschland in das Reservekapitel 100 des Haushalts 1984 eingestellt und als nichtobligatorische Ausgaben eingestuft wurden. Das Europäische Parlament handelte hierbei im Gegensatz zum Rat, der eine Einstufung unter die obligatorischen Mittel gewünscht hatte.

Andere Gemeinschaftsfragen und die EPZ

Von den anderen Bereichen der Gemeinschaftspolitiken, die von Relevanz für Großbritannien waren, ist die Reform des Sozialfonds besonders hervorzuheben. Entsprechend den 1983 angenommenen neuen Bestimmungen dieses Fonds sollen zumindest 75 % der Mittel für die Berufsaus- und -fortbildung und ähnliche Aktivitäten für Jugendliche verwandt werden. Großbritannien mit seiner hohen Jugendarbeitslosigkeit hoffte in erheblichem Ausmaß von diesen neuen Bestimmungen des Fonds zu profitieren. Mit ähnlicher Zielrichtung setzte sich die Regierung Thatcher für die Reform des Regionalen Entwicklungsfonds ein. In der Diskussion um eine neue Verordnung zur Verwaltung der Maßnahmen dieses Fonds, der auch der Europäische Rat in Stuttgart einige Aufmerksamkeit gewidmet hatte, forderten die Briten eine stärkere Berücksichtigung der EG-Regionen mit den größten Bedürfnissen, sowohl der Innenstadtbzirkel als auch der ländlichen Gegenden, und der weniger entwickelten Mitgliedstaaten.

Eine andere für Großbritannien bedeutsame Frage, die in den Erklärungen der Minister häufig erwähnt wurde, war die Sicherstellung des gemeinsamen Binnenmarktes, insbesondere im Dienstleistungsbereich. Weiterhin war hier für Großbritannien die vorgeschlagene Richtlinie für Sachversicherungen, also alle Versicherungen mit Ausnahme der Lebensversicherung, für deren Annahme es bisher kaum Fortschritte gab, ein besonderes Anliegen. Britische Versicherungsgesellschaften hatten sich darüber beklagt, in diesem Sektor vom kontinentalen Markt ausgeschlossen zu werden.

Auch wenn es Weiterentwicklungen in vielen gemeinschaftlichen Politikfeldern gab, war im ganzen gesehen die Europäische Politische Zusammenarbeit für diejenigen in Großbritannien, die beruflich mit Europafragen befaßt sind oder dieses Feld kontinuierlich beobachten, von größerer Bedeutung. Die erfolgreiche Vertretung gemeinsamer Positionen der Zehn bei der KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid, ebenso wie bei der Vorbereitung der Konferenz für Abrüstung in Europa, die im Januar 1984 in Stockholm eröffnet wurde, stimmten weitestgehend mit den Zielen der britischen Außenpolitik überein, die Ende 1983 durch ein neues Interesse an Verbesserungen der Ost-West-Beziehungen gekennzeichnet wurde.

Auch wenn die Regierung Thatcher die Stuttgarter Erklärung zur Europäi-

schen Union uneingeschränkt unterstützte, muß bei einer Bilanz der britischen Europapolitik des Jahres 1983 doch festgehalten werden, daß deren Prioritäten wie bisher in der Lösung des Budget-Problems und in der Teilnahme Großbritanniens an der sicherheitspolitischen Diskussion in der EPZ lagen.

Während vor allem die regierende Konservative Partei für diese Anliegen eintrat, schritten die Oppositionsparteien in der Formulierung alternativer Optionen weiter fort. Dies geschah teilweise in Vorbereitung der Kampagne für die Wahlen des Europäischen Parlaments in Juni 1984: Die Labour-Party begann – nicht ohne große innere Schwierigkeiten – von ihren Austrittsfordernungen abzurücken und die Liberal-Sozialdemokratische Allianz setzt sich vor allem für eine Lösung des Haushaltsproblems ein, die vor allem auf der Entwicklung neuer Gemeinschaftspolitiken zusätzlich zum Agrarsektor basieren sollte.

Anmerkungen

- 1 The Conservative Manifesto 1983, London: Conservative Central Office, May 1983, S. 44.
- 2 The New Hope for Britain, Labour's Manifesto 1983, London: The Labour Party, S. 33 – 34.
- 3 Working Together for Britain. Programme for Government, London: SDP/Liberal Alliance, S. 29 – 30.
- 4 Die Zahlen der EG-Kommission und der OECD sind veröffentlicht in: House of Lords, Select Committee on the European Communities, Session 1983 – 84, 12th Report, Future Financing of the Community, London: Her Majesty's Stationery Office, 1984, S. XIII; siehe ergänzend dazu den Beitrag, 'Haushaltspolitik' in diesem Band.
- 5 Die hier übersetzte englische Textstelle findet sich in: Developments in the European Community, January-June, 1983, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 9043, 1983, S. 42; vgl. dazu den deutschen Text der Erklärung, abgedruckt als Dokument Nr. 4 in diesem Band.

Weiterführende Literatur

- Developments in the European Community, January – June 1983, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 9043, 1983.
- Developments in the European Community, July – December 1983, London: Her Majesty's Stationery Office, Cmnd 9214, 1984.
- House of Lords, Select Committee on the European Communities, Session 1983 – 84, 12th Report, Future Financing of the Community, London: Her Majesty's Stationery Office, 1984.
- Jenkins, Roy (Hrsg.), Britain and the EEC (mit Beiträgen von Francis Cripps, Geoffrey Denton, Roger Morgan, John Pinder, Christopher Tugendhat u.a.), London: Macmillan 1983.